

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

F/XXII/22

Bonn, den 31. Januar 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>M A N E S C U</u>	44

Zum Besuch des rumänischen Außenministers in der Bundesrepublik

2 - 2a	<u>Straßburg - West- und Osteuropa</u>	92
--------	--	----

Öffnung nach Osten - zur Tagung des Europarats

Von Egon C. Heinrich

3	<u>Verlust für Straßburg</u>	26
---	------------------------------	----

Zum Ausscheiden Käte Strobel

3	<u>Dr. Wolfgang Schmidt</u>	25
---	-----------------------------	----

Zu seinem 70. Geburtstag

4	<u>Anti-Raketen-Raketen</u>	51
---	-----------------------------	----

Verhandlungen oder neuer Rüstungswettlauf ?

Von Pierre Simonitsch, Genf

- + +

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Neue Zusammenfassung sattem bekannter Verleumdungen
Selbstbewußt und würdig zu Wort melden
Nichts vor einem Friedensvertrag entscheiden
Rechtsradikalismus keine Plattform
Aufklärung über die Normen des Völkerrechts
VOGEL spricht zu den Schlesiern
Flüchtlingengesetzgebung nicht gefährden
1970 besondere Zählung der Vertriebenen und Flüchtlinge
Ostpreußen parlamentarischer Geschäftsführer
SED und Oder-Neiße-Linie

M A N E S C U

Zum Besuch des rumänischen Außenministers
in der Bundesrepublik

sp - Der Besuch des rumänischen Außenministers M a n e s c u in der Bundesrepublik wird in der ganzen Welt stark beachtet. In Ost und West registriert man gleichermaßen die Bedeutung dieses Ereignisses, an das mancherlei Erwartungen geknüpft werden. Während man sich in den Hauptstädten der Ostblockstaaten damit begnügt, den Tatbestand dieses Besuches mitzuteilen, werden im Westen und in neutralen Ausland Überlegungen angestellt, welche Konsequenzen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Rumänien haben könnten. Je nach Temperament und Neigung wird hierbei das Ereignis entweder gefeiert oder von Kommentaren begleitet, die erkennen lassen, daß man begriffen hat, wie stark der Wille der neuen Bundesregierung ist, einen Beitrag zur Sicherung des Friedens in Europa zu leisten.

Es ist daher zu begrüßen, daß Außenminister Willy B r a n d t gleich zu Beginn des Manescu-Besuches erklärt hat, er sei sicher, daß die Bundesrepublik und Rumänien "frei von Vorurteilen und frei von Illusionen" versuchen werden, "das unseren Kontinent Trennende zu überwinden und alles das konstruktiv zu entwickeln, was uns als Deutsche und Rumänen und als Europäer zusammenführt".

Dieses Wort des deutschen Außenministers ist ein Programm. Es öffnet den Weg zu weiteren Initiativen, zumal auch der rumänische Außenminister die gleichen Akzente in seiner Antwort an Brandt setzte.

Es ist kein Geheimnis, daß man in diplomatischen Kreisen der Bundeshauptstadt mit einiger Spannung möglichen Auswirkungen der jüngsten gegen die Bundesrepublik gerichteten Erklärung aus Moskau entgegengesehen hat. Aber niemand kümmerte sich darum. Die bisherigen Gespräche zeigten, daß man auf deutscher und auf rumänischer Seite gleichermaßen die zu treffenden Vereinbarungen zwischen beiden Staaten als einen Akt der Normalisierung betrachtet, der durch nichts gestört werden kann. Es ist jedoch ein Irrtum, etwa anzunehmen, daß die Gesprächspartner darauf verzichtet hätten, auch jene Probleme zu berühren, von denen jeder weiß, daß sie hier anders als dort gesehen werden. Brandt machte dies deutlich, als er an das ungelöste Problem der Teilung Deutschlands erinnerte und seinem Gast sagte, er rechne mit dem Verständnis des rumänischen Volkes dafür, daß das deutsche Volk sich mit der willkürlichen Spaltung Deutschlands nicht abfindet.

Wir sind überzeugt, daß die überwältigende Mehrheit unseres Volkes die Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Rumänien begrüßt und in diesem Schritt den Beginn einer Politik erblickt, die trotz unterschiedlicher Auffassungen in einzelnen Fragen bestrebt ist, der Entspannung und der Sicherung des Friedens in Europa zu dienen. Ebenso gewiß sind wir, daß unser Volk diese Bemühungen der neuen Bundesregierung mit ganzem Herzen unterstützt.

Straßburg - West- und Osteuropa

Öffnung nach Osten - Zur Tagung des Europarats.

Von Egon C. Heinrich

Auch der Europarat in Straßburg hat die Zeichen der Zeit verstanden; er wirkt stärker denn je für die Entspannung zwischen West- und Osteuropa. Die Öffnung nach Osten wurde auf der jetzt beendeten Januar-Plenarsitzungswoche der Beratenden Versammlung des Europarats eindrucksvoll demonstriert. Übt der Europarat bisher schon eine unentbehrliche Brückenfunktion zwischen den sechs EWG- und den sieben EFTA-Staaten aus, so sieht er eine zusätzliche künftige Hauptaufgabe in der Anknüpfung technischer Kontakte über den Eisernen Vorhang hinweg. Als relativ unverbindliche, überwiegend beratende Kooperations-Institution 18 westeuropäischer Staaten bietet der Europarat den idealen Rahmen für die Annäherung von West- und Osteuropa. Darin sieht man in Straßburg auch eine Chance, Einfluß und Ansehen des Europarats zu erhöhen.

Es ist zunächst daran gedacht, osteuropäische Experten zu den zahlreichen vom Europarat veranstalteten "technischen Konferenzen" einzuladen. Ein Anfang wurde bereits bei der voriges Jahr abgehaltenen europäischen demographischen Konferenz gemacht. Daran hatten Wissenschaftler aus Polen, der Tschechoslowakei und Jugoslawien teilgenommen.

Eine kleine Sensation

Als kleine Sensation wurde die geplante und im Straßburger Europa-Haus lebhaft diskutierte Einladung an den polnischen Wirtschaftsminister gewertet. Dieser wird wahrscheinlich im April oder September 1967 als erster Politiker aus Osteuropa zu den 147 Abgeordneten der Versammlung sprechen. Zur Zeit wird die Einladung noch in den Gremien des Europarats beraten. Der Präsident der Beratenden Versammlung, Sir Geoffrey de Freitas, hat zunächst die Fraktionen konsultiert. Man will das Neuland der Ostkontakte auf höchster Ebene erst nach sorgfältiger Prüfung betreten. Das Unternehmen ist nicht ohne Risiko; man fürchtet, die Osteuropäer würden das Forum des Europarats als Plattform für ihre - vor allem antideutschen - Propagandathesen mißbrauchen. Außerdem könnte ein Präzedenzfall gegenüber Spanien und Portugal geschaffen werden, da das Statut des Europarats die Gewährung der demokratischen Grundrechte in den mit ihm zusammenarbeitenden Ländern erfordert. Trotzdem gilt es als sicher, daß Sir Geoffrey grünes Licht für die Einladung an Warschau erhalten wird.

Gegen die Einladung ebenso wie gegen die in der zweitägigen politischen Generaldebatte gezeigte Entspannungsfreudigkeit wurde hauptsächlich von CDU-Abgeordneten opponiert. Ihr Mißfallen erregte ein Bericht, den der dänische liberale Politiker Per Federspiel im Namen des Politischen Ausschusses vorgelegt hatte und der der Debatte als Grundlage diente. Darin begrüßt Federspiel die Überwin-

„Immobilismus“ und des „juristischen Formalismus“ in der Bundesrepublik nach Bildung der Großen Koalition. Die Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts in Deutschland werde das Ergebnis einer allgemeinen Entspannung in Europa sein. Die deutsche Wiedervereinigung werde am Ende eines empirischen Prozesses stehen, der die beiden Volksteile daran gewöhnen werde, auf wirtschaftlicher, finanzieller, kultureller und menschlicher Ebene zusammenzuarbeiten.

Bedenken von CDU-Abgeordneten

Demgegenüber verwiesen die CDU-Abgeordneten auf die geringe Entspannungsbereitschaft in Pankow und Moskau sowie auf die Mauer in Berlin. Sie plädierten für das Selbstbestimmungsrecht, den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik und wandten sich gegen eine Politik des Status quo und der Kleinen Schritte. Die Entspannung werde vom Osten verhindert. Man warnte vor Nachgiebigkeit und Defätismus des Westens gegenüber den Osten. Ein CDU-Abgeordneter behauptete, der Osten nutze den Friedenswillen des Westens rücksichtslos aus. Bei diesen Reden war allerdings von Entspannung nicht viel zu merken. In der Wahrung der deutschen Anliegen wurde über das Ziel hinausgeschossen, wobei eine gewisse Diskrepanz zu der offiziellen Ostpolitik nicht zu verkennen war.

Ohne auf den Federspiel-Bericht direkt einzugehen, hatte sich Außenminister Willy Brandt in einer großen Rede vor dem Europarat für eine Entspannung und eine europäische Friedensordnung unter Ein-schluß eines vereinten Deutschland ausgesprochen. Danach betonte der Berliner SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Klaus-Peter Schulz, die Überwindung des deutschen Immobilismus sei nicht identisch mit einer Kapitulation vor angeblichen Realitäten. Die Bundesrepublik habe nicht nur einen Alleinvertretungsanspruch, sondern die Pflicht dazu. Daraus ergebe sich die strikte Ablehnung des Ulbricht-Regimes. Der Entspannungswille im deutschen Volk sei in letzter Zeit stark gewachsen. Die Europarats-Versammlung nahm schließlich mit großer Mehrheit eine Empfehlung an, in der die Regierungen aufgefordert werden, Maßnahmen zu ergreifen, die den europäischen Nicht-Mitgliedsländern des Europarats - gemeint sind die Oststaaten - die Teilnahme an technischen Konferenzen ermöglichen.

Technologischer Rückstand

Neben der Ost-West-Entspannung, der Europa- und Deutschland-politik stand die europäische Wissenschaftspolitik im Mittelpunkt der Straßburger Tagungswoche. Übereinstimmend war man der Ansicht, daß die wissenschaftlich-technische Kooperation Europas wesentlich verstärkt werden müsse, wenn der technologische Rückstand gegenüber den USA und der Sowjetunion nicht noch größer werden solle. Premierminister Wilson hatte in diesem Zusammenhang die Gefahr aufgezeigt, daß Europa eines Tages in völlige technische und wirtschaftliche Abhängigkeit von Amerika geraten könne. Der italienische Wissenschaftsminister erläuterte den Vorschlag seines Außenministers zur Schaffung einer Art technologischen Marshallplans, durch den Europa den Anschluß an die USA gewinnen solle. Die Beratende Versammlung trägt der wachsenden politischen und wirtschaftlichen Bedeutung von Wissenschaft und technologischer Forschung auch durch organisatorische Maßnahmen Rechnung. Sie wird auf ihrer Frühjahrstagung im April einen Ausschuß für Wissenschaft und Technologie bilden. * * *

Verlust für Straßburg

Zum Ausscheiden Käte Strobel

E.H. - Schweren Herzens hat Käte Strobel jetzt Abschied von ihren europäischen Aufgaben genommen. Zum letzten Mal nahm sie an einer Plenartagung des Europäischen Parlaments und an einer Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion des Europa-Parlaments in Straßburg teil. Neun Jahre lang, seit der Gründung des Europäischen Parlaments Anfang 1958, hatte die jetzige Bundesgesundheitsministerin in und für Europa gewirkt. Als Expertin für Verbraucherfragen und Lebensmittelrecht hatte die prominente SPD-Politikerin ihre europäische Karriere begonnen. Von 1962 bis 1964 war sie Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments und danach bis zu ihrer Berufung in das Bundeskabinett am 1. Dezember 1966 Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion des Europa-Parlaments. Dieses Amt erforderte viel diplomatisches Geschick und große Sachkenntnis, galt es doch, die unter den sechs Nationalitäten oft differierenden Meinungen in schwierigen EWG-Sachfragen auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen.

In Käte Strobel verliert die sozialdemokratische Fraktion ihre stets unanstrittene Vorsitzende, das Europa-Parlament eine seiner profiliertesten Parlamentarier-Persönlichkeiten. Auch die Europa-Exekutiver in Brüssel und Luxemburg werden ihr Ausscheiden aus der Europapolitik bedauern, war sie doch immer leidenschaftlich für die materielle und geographische Erweiterung und vor allem für die Demokratisierung der Europäischen Gemeinschaften eingetreten. - Ihr Ministeramt hat nun den Verzicht auf das europäische Abgeordnetenmandat erforderlich gemacht. Von der SPD schon seit '66 als "ministrabel" erachtet, mag Käte Strobel bedauern, daß ihr kein europapolitisches Regierungsamt vergönnt war. Doch auch als Bundesministerin wird sie der Sache Europas verbunden bleiben.

+ + +

Dr. Wolfgang Schmidt - Zu seinem 70. Geburtstag

sp - Auf eine arbeitsreiche, verantwortungsvolle, gefährliche, aber auch erfolgreiche Tätigkeit kann Dr. Wolfgang Schmidt zurückblicken, wenn er am 2. Februar 1967 die verdienten Glückwünsche seiner Freunde entgegennimmt. Der in Libau (Kurland) geborene Politiker und Jurist fand am Ende des Ersten Weltkrieges seinen Weg zur SPD und ging mit ihr den dornenvollen Weg von Weimar bis zu diesem Tage. Während des Kapp-Putschs wurde er als Mitarbeiter des Reichskommissars für den Osten verhaftet und entging nur durch einen glücklichen Zufall der geplanten Hinrichtung. In der Nazizeit mußte er seine Beamtstellung zwangsweise aufgeben und jahrelang Illegalität und Erwerbslosigkeit ertragen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war Dr. Schmidt im Dienst der Landesregierung Nordrhein-Westfalen stellvertretender Landesbevollmächtigter in Frankfurt und Bonn. Als politischer Beamter trat er 1955 in den einstweiligen Ruhestand, jedoch nur nominell. Seine unermüdliche Arbeit auf parteipolitischer Ebene ging ohne Pause weiter. In verschiedenen Ausschüssen beim Parteivorstand der SPD, als Mitglied der Redaktionskommission der Zeitschrift "Die demokratische Gemeinde" und als politischer Sekretär beim Bezirksvorstand der SPD Westl. Westfalen war seine Sachkenntnis stets willkommen. Seine als Sekretär des Landarbeiterverbandes in Ostpreußen zur Weimarer Zeit erworbenen sozialen Kenntnisse untermauerten seine klare Auffassung von einer sozialen Demokratie ebenso, wie seine eigenen Erfahrungen mit der Diktatur. Wir wünschen diesem Vorkämpfer für Freiheit, Menschlichkeit und Gerechtigkeit noch viele Lebensjahre in Gesundheit und dem frohen Lebensmut, der seinen engeren Freunden bekarnt ist.

+ + +

Anti-Raketen-Raketen

Verhandlungen oder neuer Rüstungswettlauf ?

Von Pierre Simonitsch, Genf

Im Herbst 1965 verfaßte ein US-Expertenteam eine umfassende Studie über Möglichkeiten der amerikanischen Sicherheitspolitik (Wiesner-Gilpatrick-Rapport). Darin wurde dem Weißen Haus angeraten, das Einverständnis der Sowjetunion zu einem vorläufig dreijährigen Aufschub aller Entscheidungen über die Errichtung von Anti-Raketen-Systemen, in der Fachsprache "ABM-Waffen" (Anti-Ballistic-Missiles) genannt, zu suchen.

Mit einiger Verspätung hat Präsident Johnson nun diese Idee aufgegriffen. Ob die Sowjetunion zu Verhandlungen über den beiderseitigen Verzicht auf Raketenabfangraketen bereit ist, liegt gegenwärtig noch im Dunkeln. Die offiziellen Andeutungen sind nicht gerade ermutigend. Nach Meldungen sowjetischer Zeitungen ist mit der Installation eines Anti-Raketen-Systems begonnen worden.

Jene Großmacht, der es als erster gelingt, ihre Bevölkerungs- und Industriezentren gegen einen Atomangriff abzurichten, würde das jetzige "Gleichgewicht des Schreckens" zu ihrem Vorteil verändern. Die USA haben für die Entwicklung von ABM-Waffen bisher mindestens 8 Millionen DM ausgegeben; dennoch können bei weiter nicht alle technischen Probleme als gelöst betrachtet werden. Die Undurchlässigkeit einer Anti-Raketen-Anlage im Hinblick auf die mit bis zu 28 000 Stundenkilometer Geschwindigkeit anrasenden Interkontinentalraketen ist sehr zweifelhaft. Neue Generationen von Angriffswaffen, die sogenannten "ICM's" (Improved Capability Missiles), die sich in Zielnähe in mehrere Geschosse zerteilen, Attrappen mitführen oder mit Geräten zur Störung der gegnerischen Radars ausgestattet sind, sollten das komplizierteste Abfangsystem überlisten können. Die mit Atomsprenköpfen ausgerüsteten Abfangraketen würden radioaktive Niederschläge auf die eigenen Gebiete verursachen. Dabei würden die Kosten der ABM-Anlagen alles bisher Dagewesene in den Schatten stellen; ohne auf anderen militärischen Gebieten Einsparungen zu erbringen.

Aus diesen Gründen glauben die Amerikaner, daß es noch nicht zu spät ist, sich mit der Sowjetunion zu arrangieren. Aus den gleichen Gründen lösten die sowjetischen "Indiskretionen", die Anti-Raketen-Anlagen hätten das operationelle Stadium erreicht, im Westen einige Überraschungen aus. Wohl wisse man seit langer um die sowjetischen Anstrengungen auf diesem Gebiet, aber man kann noch immer nicht recht an eine Überlegenheit bei der Herstellung von superschnellen Elektronenrechnern und Mehrbereichsradars glauben. Aufnahmen amerikanischer Beobachtungssatelliten hatten sogar den Eindruck erweckt, die Vorarbeiten zum Bau eines Rakotengürtels um sowjetische Großstädte seien während der letzten Zeit verlangsamt worden. - Handelt es sich vielleicht um eine taktische Finte? Wollen die sowjetischen Führer - wie zu Chruschtschows Zeiten - einen neuen Überlegenheitsmythos aufziehen, um den Amerikanern politische Zugeständnisse abzurufen? Nach amerikanischer Regierungsquelle soll Koskau Verhandlungen über die Anti-Raketen-Raketen weniger abgeneigt sein, als es die für die Öffentlichkeit bestimmten Berichte erscheinen lassen. Johnson und McNamara, auf denen die Verantwortung für eine eventuelle zig-Milliarden-Dollarinvestition liegt, stehen jetzt vor einem schwierigen Zwei-Fronten-Kampf: Auf der einen Seite gegen die ausgekochte Sowjetdiplomatie und auf der anderen gegen rüstungseifrige Militärs und geschäftstüchtige Wirtschaftskreise im eigenen Land. * * *